

TRACK #1

## Neue Medien verändern die Politik

Policy Paper

**Dr. Andreas Höferl, Klubdirektor des SPÖ-Rathausklubs Wien**

**Die digitale Revolution ist im Gange.** Neue Medien (wie Email und Internet) und die sozialen Netzwerke haben sich in den letzten zehn Jahren vom einfach zu handhabenden Mittel der Information und Kommunikation, der Unterhaltung, des Austausches von Bildern und Gedanken über private Interessen zu Medien entwickelt, über die Menschen massenhaft als KonsumentInnen agieren und erreicht werden, die die Wirtschaft damit strukturell verändern und den Handel im herkömmlichen Sinn verschwinden lassen, die Menschen und zunehmend auch „Maschinen“ miteinander verbinden und arbeiten lassen (Industrie 4.0), die damit auch Wirtschafts- und Arbeitsleben grundlegend verändern, und die schließlich auch Politik, politische Kommunikation und Meinungsbildung verändern und noch in einer Weise verändern könnten, die noch nicht wirklich abschätzbar ist.

In modernen Volkswirtschaften sind **Politik und Wirtschaft** heute die stärksten die Gesellschaft gestaltenden Mächte, die dazu massiv Einfluss auf Medien nehmen oder auch Medien besitzen, nach Möglichkeit beides zugleich.

Die **Kommunikation** politischer Einrichtungen und Parteien und der Mächtigen in der Wirtschaft ist – nicht nur hierzulande – als Instrument der Macht **zentralisiert** und fokussiert auf die Gestaltung oder Beeinflussung der klassischen Medien wie Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie deren JournalistInnen. Sie ist bestimmt durch die Ziele und Interessen der Eliten, sie wird abgewickelt durch bezahlte ProfessionistInnen („Presse-MitarbeiterInnen“, PR- und Werbeagenturen). In welcher Form Presseerklärungen oder eigene Medienprodukte zustande kommen, wie und welche Botschaften über Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen oder Werbemittel kommuniziert werden, in welchen Medien Inserate geschaltet werden bzw. in welchen nicht (dies wird auch als ökonomisches Druckmittel gegenüber Medien eingesetzt), das wird heute in aller Welt bestimmt von PolitikerInnen, politischen Büros, Unternehmens- und Konzernzentralen.

Während Wirtschaftsunternehmen das Internet und die sozialen Medien, deren Möglichkeiten und Märkte nicht nur für Imagewerbung, sondern längst auch für handfeste Geschäfte nutzen, während auch die klassischen Medienunternehmen und ihre JournalistInnen, unter zunehmendem Kostendruck stehend, die neuen Medien als zusätzliche Informations- und Werbewege nutzen, spielen diese und vor allem die sozialen Netzwerke in den Strategien der Politik – in Österreich wie auch anderen Staaten – meist noch eine untergeordnete Rolle. Eine Facebook-Seite oder ein Twitter-Account sind rasch eingerichtet. Aber die Auftritte von Politik und Parteien sind meist nur die Übertragung ihrer one-way-Kommunikation Richtung BürgerInnen auf diese neuen Medien. Allenfalls erfolgt eine Beobachtung der Diskurse, seltener ein Einlassen darauf. Social Media-Strategien von Parteien und politischen Einrichtungen zielen (noch) in erster Linie darauf ab, ihre **Präsenz** und die einzelner web-affiner und verlässlicher MandatsträgerInnen und FunktionärInnen auf die neuen Medien und sozialen Netzwerke zu **erweitern**, auch „dabei“ zu sein und zu informieren.

Die Politik hat die **Vorteile von Email und Internet** etwa beim **Zugang zu Informationen über Politik und vor allem zu Leistungen der Verwaltung** natürlich erkannt und bietet allorts virtuelle Ämter, E-government und Open Data an. Wenn der „Amtsweg“ nur mehr einer zum PC oder Smartphone ist, wenn diese Wege rasch zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden können, wenn Daten öffentlicher Verwaltungen gratis zu haben sind, oder wenn Ampel-Schaltungen flexibel auf Verkehrsflüsse reagieren, dann schaffen all diese digitalen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten auch Zufriedenheiten bei BürgerInnen.

Als ein **Beispiel** unter vielen sei die **Stadt Wien** genannt: 1 Million clients verzeichnet „wien.at“ jeden Monat auf seinen rund 130.000 Internet-Seiten. Rund 200 Services der Stadtverwaltung sind heute digital erledigbar: von der Senkung der Abwassergebühr, über die Bewilligung einer Flugzettelverteilung, Gewerbeanmeldungen, die Grillplatzreservierung auf der Donauinsel, die Kindergartenanmeldung, das Parkpickerl, Urkunden aller Art bis hin zu Wahlkarten, Förderungen für Wohnungsverbesserung und diverse Zahlungserleichterungen. Zwei Drittel aller BürgerInnenkontakte mit der Stadtverwaltung erfolgen heute auf digitalem Weg. Ein im Übrigen sehr wirksamer Beitrag zur vielbeschworenen „Verwaltungsreform“: denn obwohl Wiens Bevölkerung in den letzten 25 Jahren um etwa 300.000 Menschen angewachsen ist, ist die Zahl öffentlicher Bediensteter nahezu gleich geblieben, sprich: ihre Produktivität ist durch die Nutzung neuer Medien deutlich gestiegen. Weil die im Internet ausgetauschten Datenmengen weiter zunehmen und noch mehr Dienstleistungen digital abgewickelt werden sollen, werden in Wien bis 2016 rd. 500 Public WLAN-Standorte mit Gratiszugang zur Verfügung stehen. 2018 sollen 70 Prozent der Wiener Haushalte Breitband-Hochleistungszugänge mit mehr als 100 Mbit/s haben, bis 2020 soll diese Versorgung flächendeckend sein. Die Digitale Agenda der Stadt zielt damit klar auf einen Ausbau von Möglichkeiten, von Information und Kommunikation, von Teilhabe und Emanzipation, aber auch eine Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes ab.

Wenn **Menschen** daran gewöhnt werden, dass Smartphone-Apps rasch Antworten auf ihre Fragen und Wünsche geben, dann werden sie **in der Interaktion mit Verwaltung und Politik** auch **ungeduldiger** und erwarten rasche Reaktionen. Öffentliche Verwaltung ist zwar meist der Hauptansprech- und auch Hauptanspruch-Partner der BürgerInnen, gleich und rasch dahinter steht aber die Politik, die das Handeln von Verwaltung zu erklären, zu beschleunigen, nach Möglichkeit auch zu korrigieren hat, wenn es den Erwartungen der BürgerInnen nicht entspricht. Und ebenso rasch werden die dabei gesammelten Erfahrungen auch in sozialen Netzwerken verbreitet und geteilt, Verwaltung und Politik werden be- und - wenn's nicht klappt - auch verurteilt.

Neue Medien und vor allem die sozialen Netzwerke eröffnen den Menschen **viele neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten**, sie ermöglichen Interaktivität und Kontakte mit weit mehr und weit entfernten Menschen, mit Gleichgesinnten, sie ermöglichen MedienkonsumentInnen zu ContentproduzentInnen zu werden, die eigenständig Botschaften an große Öffentlichkeiten in neuer, oft auch wirksamerer oder unterhaltsamerer Form als Politik und Verwaltung entwickeln und verbreiten, die feedback suchen und bekommen, die Meinungen bilden, rund um die Uhr und über Landesgrenzen hinweg. Sie generieren und verbreiten Informationen, welche die Politik nicht verbreitet. Sie entreißen damit das Monopol der Kommunikation über Politik der Politik und den klassischen Medien. Das ist gut für

die Demokratie, aber ungewohnt für Politik und klassische Medien, die seit bald Jahrhunderten anderes gewohnt sind.

Die neuen Medien und die **sozialen Netzwerke** sind **ein Feld von herrschaftsfreiem und kapitalismuskritischem Journalismus** geworden. Der Zugang zu ihnen und zu Öffentlichkeiten ist technisch und ökonomisch weitgehend barrierefrei, zumindest in funktionierenden Demokratien. Man muss nicht JournalistIn im klassischen Sinn sein, um wie JournalistInnen Öffentlichkeiten durch Texte, Informationen, Meinungen oder Aufrufe zu beeinflussen. Man muss kein ausgebildeter Kameramann mehr sein und keinen Fernsehsender besitzen, um ein Video von sich oder anderen zu machen und zu verbreiten.

**Noch wird die Kraft der Veränderung der politischen Landschaften durch die neue Medien und die sozialen Netzwerke in der Politik vielerorts unterschätzt**, wiewohl der Anfangserfolg der NEOS auch ihren – von der Politik weitgehend unbemerkten – Aktivitäten in den neuen Medien zugeschrieben wird. Oder der „Arabische Frühling“ – so sagt man – wäre ohne sie so nicht organisierbar gewesen und hätte so nicht stattgefunden. Noch scheinen für die Politik Beständigkeit und Erfolg von politischen Bewegungen im Netz gering oder begrenzt zu sein und keinen oder wenig Niederschlag bei Wahlen zu finden, wo letztlich über die Machtverteilung im Staat entschieden wird. Noch konzentrieren sie daher ihre Ressourcen auf die Beeinflussung der klassischen Medien, die durch die große Zahl der LeserInnen, HörerInnen, SeherInnen ja auch tatsächlich noch große Bedeutung in den Gesellschaften haben. Aber sie schwindet, und das wissen alle.

**Parteien** erfüllen in Demokratien die Aufgabe der Zusammenfassung von Menschen, die danach politischer Mitsprache streben, um möglichst viele ihrer Ziele und Ideale durchzusetzen. Sie formulieren und artikulieren die jeweiligen Interessen ihrer Mitglieder und WählerInnen. Sie entwickeln längerfristige Programme. Dabei stehen sie zumindest in Demokratien in Konkurrenz zu anderen organisierten Zusammenschlüssen mit anderen Zielen und Idealen. Zur Durchsetzung dieser Ziele müssen sie nach politischer Macht streben, die ihnen in modernen Demokratien durch faire Wahlen für eine befristete Zeit übertragen wird. Parteien rekrutieren auch Menschen, KandidatInnen für diese Wahlen und für die in der jeweiligen Verfassung vorgesehenen öffentlichen Ämter. Durch die ihnen übertragene politische Macht sehen sie sich daher in einer zentralen, entscheidenden Rolle im jeweiligen Staat oder Land.

Ihre Strukturen der Organisation, Kommunikation, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung **sind daher zwangsläufig immer auch mehr oder weniger zentralistisch**. In praktisch allen politischen Parteien und Bewegungen gibt es Hierarchien, an deren Spitze einige wenige oder einzelne entscheidende Personen stehen.

**Neue Medien und soziale Netzwerke dagegen funktionieren anders – „basisdemokratischer“**. Hier findet ein ständiger unorganisierter, egalitärer und – in demokratischen Staaten – auch unbehinderter Wettbewerb um die raschere, bessere Information, den treffenderen Kommentar, die originellere Idee statt, über die mittels friends und likes, follower und retweets oder auch shitstorms innerhalb weniger Stunden unter hunderten oder tausenden Menschen geurteilt wird. Hier finden sich Interessensgruppen blitzschnell, um sich ebenso rasch wieder aufzulösen. Sie bewegen mal mehr und mal weniger, mal viel und mal nichts, sind mal dauerhafter und mal kurzlebiger, jedenfalls aber **entziehen sie sich einer politischen Steuerung weitgehend**.

Für manche stellen sich dadurch **Grundfragen der Demokratie**. Welches Gewicht solle man diesen Aktivitäten beimessen? Wie „repräsentativ“ seien denn die AktivistInnen im Netz überhaupt? Dürfe diese spezielle partizipative Demokratie überhaupt so großes und zunehmendes Gewicht bei politischen Entscheidungen haben? Würde damit nicht die repräsentative Demokratie zunehmend durch eine plebiszitäre ersetzt? Wären nicht vielmehr die gewählten Organe und Institutionen in einer repräsentativen Demokratie dazu berufen, zu handeln und zu entscheiden und sollten sie daher diesen Diskussionen „im Netz“ weniger Bedeutung beimessen? Mitnichten! Denn für diese aktiven BürgerInnen **haben sich doch bloß die Mittel und Wege weiterentwickelt**, mit denen sie in der Demokratie an die Politik herantreten oder selbst Politik machen. Anstatt Sprechstunden und Vorsprachen bei PolitikerInnen abzuwarten kommen die Botschaften nun eben direkt und zu jeder Tages- und Nachtzeit digital zu diesen. Zu den klassischen, sozusagen „analogen“ politischen Versammlungen von Parteien sind unzählige „digitale“ hinzugekommen, wo sich Menschen ohne Einladung und Organisation durch die Politik austauschen und politische Standpunkte oder Aktionen entwickeln. Dass die politischen Büros oder die Strukturen von Parteien darauf wenig oder zu langsam reagieren, kann man den Engagierten nicht zum Vorwurf machen. Und dass manche Aktive im Netz rascher Zustimmung finden für ihre Vorschläge als Parteien, das ist eigentlich nur jener Wettbewerb von Ideen, der idealtypisch für funktionierende Demokratien sein sollte.

Wenn der Zugang zu politischer Meinungsbildung erleichtert wird, dann stellt sich auch die Frage nach **Erleichterung von Abstimmungen und Wahlen**. Soll nur alle paar Jahre gewählt werden oder öfter? Sollen zwischen den Wahlen häufiger Plebiszite stattfinden, weil sie ja etwa durch elektronische Stimmabgabe leichter organisierbar wären? Die rot-grüne Koalition in Wien versuchte dem zu entsprechen, indem zwischen Wahlen häufiger Volksbefragungen zu lokalen oder stadtrelevanten Themen abgehalten werden und auch tatsächlich wurden.

**Wir erleben gerade, wie Politik und Parteien als relativ geschlossene Systeme herausgefordert werden** zu einer offeneren und partizipativeren Politik und dazu, für die BürgerInnen offenere politische Systeme und Bewegungen zu werden, wo direkter Kontakt mit dem Bürger ständig möglich sein soll, wo nicht nur alle paar Jahre über den grundsätzlichen politischen Kurs abgestimmt werden soll, sondern wo täglich Diskurs stattfindet und wo kleine wie große Entscheidungen häufiger verlangt und getroffen werden sollen.

Hier kommt der Einwand, eine Entwicklung hin zu einer solchen eher plebiszitären Demokratie lasse große Entwicklungen und Zusammenhänge aus den Augen, eine solche agiere zu anlassbezogen, vielleicht sogar zu emotional, zu populistisch. Manchmal müssten eben auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden. Eingewendet wird auch, dass rechtspopulistische Bewegungen und Parteien die Mittel der direkten Demokratie einfordern, um – ihrer in Europa weitverbreiteten Strategie entsprechend – Stimmung gegen „die da oben“ oder „die EU“ zu machen, und solche Möglichkeiten missbrauchen würden, um durch Meinungsbilder und Abstimmungen ihre zweifelhaften Positionen zu untermauern.

**Die digitale Revolution hat das Potential, die bestehenden Parteienlandschaften und politischen Institutionen stärker als bisher, vielleicht auch grundlegend zu verändern.** Sie hat aber jedenfalls auch das Potential, Gesellschaften – in positiver Richtung – wesentlich transparenter, egalitärer und demokratischer zu machen, Entwicklungen, die

Linke wollen sollen. Neue Medien und soziale Netzwerke bergen die Chance, Freiheit, Gleichheit, Gleichberechtigung und Emanzipation, Beteiligung an Demokratie und damit linke Politik zu stärken. Dass heute etwa über die Abschaffung des Amtsgeheimnisses diskutiert wird, ist eine Folge dieser Entwicklung. Ebenso dass sich in Österreich rasch unzählige Menschen zusammengefunden haben und Hilfe für die Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten organisieren.

Es steht heute außer Zweifel, dass **Politik und Parteien** rasch **lernende Organisationen** sein und ihre alten Strukturen der Organisation, der Kommunikation, der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung ändern müssen, mehr Offenheit, Transparenz, Diskussions- und Veränderungsbereitschaft brauchen, wenn sie engagierte BürgerInnen interessieren und für ein Engagement bei sich und für sich gewinnen wollen. Viele PolitikerInnen erkennen das und bewegen sich daher auch in sozialen Netzwerken. Sie wissen, dass sie hier ungleich größere Öffentlichkeiten erreichen und für ihre Positionen gewinnen können als in so mancher Parteiversammlung. Sie erkennen aber auch, dass sie dabei auch größere Freiheiten haben, ihre ganz persönlichen Positionen zu entwickeln und zu kommunizieren und dafür Zustimmung und Unterstützung zu finden.

Fallbeispiel: Zur Zeit sind fast alle Regierungsmitglieder der Wiener SPÖ, etwa 40 Prozent ihrer Landtagsabgeordneten und etwa 30 Prozent ihrer BezirksvorsteherInnen bzw. deren StellvertreterInnen in Facebook oder Twitter aktiv. Die SPÖ Wien hat gemeinsam mit dem SPÖ-Rathausklub eine Smartphone-App entwickelt, mit deren Hilfe die sozialen Netzwerke für MandatsträgerInnen noch besser genutzt werden können: sie erleichtert das Wahrnehmen und Teilen von Inhalten anderer MandatsträgerInnen und – durch grafische Unterstützung – auch das Generieren von interessanten Inhalten. Der NutzerInnenkreis soll schrittweise über MandatsträgerInnen hinaus erweitert werden.

Politik wird künftig mehr als bisher als **Partnerin der Menschen** auftreten müssen, Lösungen von Problemen partnerschaftlich mit engagierten BürgerInnen entwickeln müssen. Und sie wird durch die sozialen Netzwerke auch veranlasst sein, bürgerInnennäher zu agieren. Zentralistische Strukturen und Hierarchien werden – zumindest in modernen Staaten und gebildeten Gesellschaften mit selbstbewussten BürgerInnen – zunehmend unattraktiv, vor allem wenn Parteiführungen und Regierungen nicht überzeugen.

Schwächen von Demokratien müssen aber eben nicht zwangsläufig autoritäre politische Angebote stärken – dies ist eher in Staaten mit geringer demokratischer Tradition zu fürchten. Gerade moderne Gesellschaften mit gebildeten BürgerInnen können Demokratien stärken, wenn diesen BürgerInnen Raum zur gesellschaftlichen Mitgestaltung gegeben wird. Wenn BürgerInnen nicht Ohnmacht verspüren, sondern Freiheit, Möglichkeiten und Ernstgenommen-Werden.

**Zu beachten ist, dass heute noch nicht alle Menschen das Internet und noch weniger die sozialen Netzwerke nutzen.** Diese BürgerInnen dürfen nicht ausgeschlossen werden von Information und Beteiligung an einer Politik, die meint, sich zunehmend über neue Medien zu organisieren. Dass niemand zurückgelassen wird, dass alle Services allen Menschen unabhängig von Bildung und auch Zugang zu digitalen Wegen zugänglich bleiben, ist zumindest einer der Leitsätze der „Digitalen Agenda“ der Stadt Wien.

Erfahrungen der BürgerInnenbeteiligung in Wien zeigen auch andere **Grenzen digitaler Information und Kommunikation** bzw. Vorteile klassischer, direkter, persönlicher Kommunikation: Etwa wenn in einer BürgerInnenversammlung in zwei oder drei Stunden ein Austausch zahlreicher Argumente von zahlreichen betroffenen BürgerInnen, ExpertInnen und PolitikerInnen und das Finden einer konsensualen Entscheidung möglich ist. In der Regel ist es für die Beteiligten nicht vorstellbar, wie ein solcher Prozess ausschließlich digital abgewickelt hätte werden können, zumal es sich meist um inhomogene Gruppen handelt, wo intensive NutzerInnen neuer Medien und sozialer Netzwerke genauso vertreten sind wie solche, die weder PC noch Smartphone haben. Noch ist auch kein Weg gefunden, Parlamente und deren Diskurse sowie rechtsverbindliche Entscheidungen durch andere, digitale Wege zu ersetzen. Wobei zu fragen ist, ob es überhaupt wünschenswert ist, dass Menschen nur mehr medial und nicht mehr persönlich miteinander kommunizieren. Und was bei medialer Kommunikation verloren gehen oder auch manipuliert werden kann.

Neue Medien und soziale Netzwerke sind nicht mehr wegzudenken aus unseren Gesellschaften, die Entwicklung kann weder gestoppt, noch zurückgedreht werden. Selbst in autoritären Staaten werden Einschränkungen der Nutzung von Internet und sozialen Medien mit heftigen Protesten beantwortet. Als freie, herrschaftskritische und –kontrollierende Medien muss ihre Freiheit ebenso geschützt werden wie jene klassischer Medien. „Pressefreiheit“ muss auch für die neuen Medien und sozialen Netzwerke gelten. Für sozialdemokratische Politik ist das eine selbstverständliche Position.

Kontakt Daten:

Dr. Andreas Höferl

SPÖ–Rathausklub Wien

Rathaus

Lichtenfelsgasse 2/Stg. 5 oder 7/2. Stock, T.420

[andreas.hoeflerl@spw.at](mailto:andreas.hoeflerl@spw.at)

<http://www.rathausklub.spoe.at>

Twitter: @HoeflerlAndi